

Friedensorganisationen starten Abrüstungsappell

von Marius Pletsch

Angesichts der massiven Aufrüstungspläne der Bundesregierung haben fünf Friedensorganisationen den gemeinsamen Abrüstungsappell „Immer mehr Milliarden fürs Militär? Nicht mit mir“ ins Leben gerufen. Würde Deutschland das im Juni 2025 beschlossene Ausgabenziel der NATO von 5% des Bruttoinlandproduktes erfüllen, das sich nochmal in 3,5% fürs Militär im engeren Sinne und 1,5% für z.B. militärrelevante Infrastrukturmaßnahmen aufschlüsseln, lägen die Ausgaben bei weit über 200 Mrd. Euro pro Jahr. Das würde fast die Hälfte des vorgesehenen Bundeshaushalts ausmachen.

Der Appell richtet sich an die Bundesregierung. Die Organisationen fordern:

- *Stopp der Aufrüstungsexzesse.* Investitionen müssen unserem Leben dienen – nicht dem Krieg.
- *Keine Belastung kommender Generationen* durch Schulden, Wehrpflicht oder verpassten Klimaschutz.
- *Diplomatie statt Waffenlieferungen.* Wir brauchen ein Ende des russischen Angriffskrieges und eine neue europäische Friedens- und Sicherheitsordnung.
- *Stärkung von Völkerrecht, Rüstungskontrolle und ziviler Konfliktbearbeitung* – für eine Welt, in der nicht das Recht des Stärkeren gilt.

Initiiert wurde die Aktion von der Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegnerinnen (DFG-VK), Internationale Ärztinnen für die Verhütung des Atomkrieges/Ärztinnen in sozialer Verantwortung (IPPNW), Netzwerk Friedenskooperative, Ohne Rüstung Leben und pax christi – Internationale katholische Friedensbewegung.

Hier drei Stimmen von Initiator*innen:

Philipp Ingenleuf, Netzwerk Friedenskooperative: „Der Abrüstungsappell stellt einen Startpunkt für weitere Aktivitäten dar, um der ausufernden Hochrüstungspolitik etwas entgegenzustellen. Angesichts der dramatischen Weltlage und immer neuer Rekorde bei den Rüstungsausgaben ist es wichtig, dass die Forderung nach Abrüstung von der Friedensbewegung verstärkt in die Öffentlichkeit getragen wird.“

Michael Schulze von Glaßer, DFG-VK: „Schon jetzt ist klar, dass die für Abschreckung verschwendeten Gelder für Gesundheit, Bildung, Soziales und Klimaschutz fehlen werden. Wir fordern die Bundesregierung auf, umzukehren und eine Politik der Diplomatie und des Völkerrechts zu vertreten.“

Esther Mydla, pax christi: „Als Friedensorganisationen sehen wir in der militärischen Aufrüstung keinen Weg, um Frieden und Sicherheit zu erreichen oder zu erhalten. Diese wird als alternativlos dargestellt, das ist sie aber nicht. Es gibt ein großes Repertoire gewaltfreier Ansätze zur Konfliktbearbeitung, und -beilegung. Diese müssen nun in den Fokus von Regierungshandeln rücken.“

Unterschriften werden ab sofort online auf den Websites der Organisationen gesammelt und Unterschriftenlisten können ab Mitte Oktober dort bestellt werden. Gesammelt wird bis Herbst 2026. Die Unterschriften sollen dann zusammen mit den Forderungen des Appells im Rahmen der Haushaltsberatungen an die Bundesregierung übergeben werden.

Appell unterzeichnen: <https://dfg-vk.de/nichtmitmir/>

